

# ICIDI

INDEPENDENT COMMISSION ON INTERNATIONAL DEVELOPMENT ISSUES  
COMMISSION INDEPENDANTE SUR LES PROBLEMES DE DEVELOPPEMENT INTERNATIONAL

Chairman WILLY BRANDT Président

Treffen der Brandt-Kommission in Ottawa, II. - I4. Dezember 1982

## Erklaerung fuer die Presse

Mitglieder der Unabhaengigen Kommission fuer Internationale Entwicklungsfragen unter dem Vorsitz von Willy Brandt haben ein gemeinsames Dokument verabschiedet, das Anfang 1983 veroeffentlicht werden soll. Am Ende ihres Treffens in Ottawa dankten sie der kanadischen Regierung, auf deren Einladung sie in Ottawa tagten, sowie Premierminister Trudeau - der auch ein Essen fuer sie gegeben hatte - und dem Zentrum fuer Internationale Entwicklungsforschung (IDRC), bei dem sie zu Gast waren.

In einer Erklaerung zum Abschluss ihres Treffens wiesen die Kommissionsmitglieder auf die politischen und wirtschaftlichen Gefahren hin, welche die gegenwaertige Wirtschaftskrise birgt, die den Norden wie den Sueden gleichermassen trifft. Sie forderten dringende Schritte, die zu einer Verstaendigung ueber Massnahmen zur Ausweitung der Liquiditaet in der Welt fuehren; den Rueckgang des Welthandels aufhalten und den internationalen Warenaustausch wieder ausweiten und die wachsende Schuldenlast mindern. Sie forderten die Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz.

Der Text ihrer Erklaerung lautet:

Vor drei Jahren verabschiedeten wir unseren Bericht NORTH-SOUTH: A Program for Survival (Der Brandt-Report - Das Ueberleben sichern, Ullstein Sachbuch). Damals sahen wir voraus, dass die Welt "sich groesseren Problemen gegenueber sieht als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg".

Dementsprechend forderte der Bericht eine weitreichende Reform in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, um die fortschreitende Desintegration der Volkswirtschaften in den Industrie- wie in den Entwicklungslaendern aufzuhalten.

Seit der Veroeffentlichung des Berichts wurde praktisch keine der vorgeschlagenen Reformen in Angriff genommen, und der groesste Teil der empfohlenen Sofortmassnahmen wurde bisher nicht durchgefuehrt. Wie von uns befuerchtet, ist die Weltwirtschaft in eine Rezession geraten, die der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre immer aehnlicher wird.

.../2

In den Industrielaendern werden die Produktionskapazitaeten nicht voll ausgenutzt, das Wachstum stagniert und die Zahl der Arbeitslosen hat die Grenze von 30 Millionen ueberschritten. In grossen Teilen der Dritten Welt droht der wirtschaftliche Zusammenbruch, und eine Reihe von Laendern sind nicht mehr in der Lage, lebenswichtige Einfuehren von Energie (vor allem Oel), Maschinen und Nahrungsmitteln zu bezahlen.

In dieser Krise ist das Schicksal der reichen und der armen Laender, von Industrie und Landwirtschaft, unaufloeslich miteinander verbunden. Wenn die Entwicklungslaender, die beispielsweise allein ein Drittel aller Exporte der Vereinigten Staaten aufnehmen, keine zusaetzlichen Ressourcen mobilisieren koennen, werden die Industrielaender ihre Wirtschaft nicht ankurbeln koennen. Und wenn der Norden nicht versucht, seine Volkswirtschaften zu stimulieren, werden die Exporte der Dritten Welt weiterhin keinen Absatz finden.

Als Ergebnis ihres Exportrueckgangs hat sich die Einfuhrkapazitaet der Entwicklungslaender in den letzten beiden Jahren um beinahe 100 Milliarden Dollar verringert, wozu auch die Verminderung der privaten Kredite und der Anstieg der Schuldendienstleistungen beigetragen haben. Entsprechend sind die Ausfuehren der Industrielaender zurueckgegangen.

Mit der anhaltenden Stagnation waechst die Gefahr politischer Instabilitaet und Unruhen.

Die strukturelle Wirtschaftskrise wird durch die unmittelbar drohende Vertrauenskrise in das internationale Finanzsystem noch verstaerkt. Nach dem Anstieg ihrer Schulden auf ueber 600 Milliarden US Dollar, davon ueber die Haelfte Schulden bei privaten Banken, gelingt es den Entwicklungslaendern immer weniger, neue Kredite auf dem privaten Kapitalmarkt zu erhalten.

Bankkredite gingen 1982 auf einen Bruchteil des Betrages vorhergehender Jahre zurueck, die Waehrungsreserven sinken, der Eurodollarmarkt verliert zusehends an Vertrauen, und die Gefahr der Zahlungsverweigerung und Zahlungsunfaehigkeit wird weithin als reale Moeglichkeit gesehen.

Wenn sich dieser Prozess der Kontraktion weiter verstaerkt, wird das die Wirtschaftskrise vertiefen und die Aussichten auf eine schrittweise Reform des internationalen Waehrungssystems zunichte machen. Deshalb werden wir uns in unserem neuen Bericht insbesondere mit dieser unmittelbaren finanziellen Notlage und mit Sofortmassnahmen befassen, die zu ihrer Abwendung getroffen werden koennen. Da wir es bereits mit einer Schrumpfungskrise zu tun haben - mit dem gleichzeitigen Rueckgang von Beschaeftigung, Handel und Produktion sowie von Krediten und Entwicklungshilfe -, duerfen wir der natuerlichen Versuchung zu weiterem 'Gesundschrumphen' nicht nachgeben. Wenn jedes Land sich nach aussen abschottet, werden sich die Bedingungen jedes einzelnen Landes und damit aller Laender insgesamt verschlechtern. Mit Ruecksicht auf die Belange des einzelnen, der jeweiligen Laender und der internationalen Zusammenarbeit muessen die verfuegbaren Mittel vermehrt werden, muss zusaetzlich Liquiditaet geschaffen werden. In den Worten von Johannes Witteveen, dem frueheren Geschaefsfuehrenden Direktor des Internationalen

11.05.81

Wahrungsfonds, brauchen wir "einen Uebergang von der Politik der Inflationsbekaempfung zu einer Politik, die eine Depression zu verhindern trachtet".

In der letzten Zeit hat die wachsende Erkenntnis der drohenden Gefahren bereits zu einer Reihe von Schritten gefuehrt. Es ist inzwischen wahrscheinlich, dass sich der Interimsausschuss des Internationalen Wahrungsfonds schon sehr bald mit der sich rapideverschlechternden Lage befassen wird. Eine Quotenerhoehung im IWF findet anscheinend zunehmend Befuerworter. Die Bank fuer Internationalen Zahlungsausgleich und die US Regierung haben bereits erhebliche Betraege in Form von Ueberbrueckungskrediten an besonders notleidende Schuldnerlaender zur Verfuegung gestellt. Die Finanzminister der wichtigsten Industrielaender sind uebereingekommen, die Mittel des IWF im Rahmen des General Arrangement to Borrow (GAB) zu erhoehen bzw. deren Erhoehung zu unterstuetzen und sie Entwicklungslaendern zur Verfuegung zu stellen. (Unter dem GAB erhaelt der Wahrungsfonds Kredite von den Zentralbanken der wichtigsten Industrielaender - sog. Zehnerklub - Group of Ten.)

Diese ersten Massnahmen gehen nach unserer Meinung nicht weit genug oder wirken der internationalen Liquiditaetskrise nicht ausreichend entgegen. Es gibt noch keine Anzeichen dafuer, dass die privaten Banken wieder verstaerkt Kredite zur Verfuegung stellen. Selbst mit dem Guetesiegel des IWF ausgestattete Laender erhalten in zahlreichen Faellen von den Banken keine neuen Kredite, was zu bedenklicher Deflation beitraegt - zum Nachteil der Weltwirtschaft insgesamt.

Es besteht eine erhebliche Finanzierungsluecke, zu deren Schliessung der Markt sich nicht imstande sieht und die von den Regierungen der Industrielaender nicht geschlossen werden kann, da diese Laender gleichfalls grosse Budgetprobleme haben. Es muessen dringend einige zusaetzliche Massnahmen getroffen werden, die eine Erhoehung der Mittel der multilateralen Entwicklungsinstitutionen bewirken und zu einer Entlastung einzelner Laender mit besonders draengenden Schwierigkeiten fuehren.

Wir fordern deshalb in unserem neuen Bericht die folgenden Schritte:

- I. Eine ausserordentliche Tagung der Gouverneure des Internationalen Wahrungsfonds, auf der vordringliche Massnahmen zur Schaffung zusaetzlicher Liquiditaet beraten werden sollen, darunter:
  - (a) die Autorisierung einer neuen Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) in erheblicher Hoehe. Wir raeten auch dringend, diese neuen SZR nach Massgabe der besonderen Beduerfnisse der Entwicklungslaender zuzuteilen, wobei die aermsten Laender besonders bedacht werden sollten. Eine solche Zuteilung von SZR - die im wesentlichen nichts anderes sind als Kreditlinien, die von IWF-Mitgliedslaendern honoriert werden - wuerde die sich verschuerfende Rezession ebenso beruecksichtigen wie die abnehmende Inflation, die verschlechterte Reserveposition, die verminderte internationale Liquiditaet und die dringend erforderliche wirtschaftliche Erholung - alles Bedingungen, die nach den IWF-Bestimmungen (Articles of Agreement) eine neue Zuteilung von SZR rechtfertigen.

- (b) Erhoehnte Kreditaufnahme des IWF bei reserve- und zahlungsbilanzstarken Mitgliedslaendern und auf dem Kapitalmarkt. Waehrend eine Quotenerhoehung der Ratifizierung durch die Regierungen der Mitgliedslaender bedarf und auch im besten Falle nicht vor Mitte 1984 effektiv wuerde, koennte eine weitere Kreditaufnahme ohne zeitliche Verzoegerung zur Abwendung der drohenden Liquiditaetskrise beitragen.
- (c) Die Aufstockung der Mittel des IWF durch eine Quotenerhoehung um mindestens 100 %. Eine solche Verdoppelung braechte 32 Milliarden zusaetzlich verfuegbarer Mittel ueber einen Zeitraum von drei Jahren. Wuerden die Quoten verdoppelt, so entspraechen sie dann trotzdem nur etwa 5 % der Weltimporte (1984/85) und waeren damit wieder auf dem Stand von vor zehn Jahren, erheblich unter dem von 1970 (9 %) oder 1965 (12 %).

II. Die Staerking der Weltbank im Hinblick auf ihre Moeglichkeit, in Notlagen zu helfen, durch eine Heraufsetzung der Grenze fuer Programmfinanzierung im Verhaeltnis zur Gesamtsumme der jaehrlichen Finanzierungen von 10 % auf 30 %, einschliesslich der Finanzierung von Strukturanpassungsprogrammen. Diese Massnahme wuerde die Grenze fuer derartige schnell zu nutzende Kredite von etwa 1,3 Mrd. Dollar auf 3,9 Mrd. Dollar erhoehen.

III. Die Einloesung bereits gegebener Zusagen, alle oeffentlichen Darlehen, die an die am wenigsten entwickelten Laender gegeben und noch nicht zurueckgezahlt wurden, in Geschenke umzuwandeln. Dies wuerde beinahe die Haelfte aller Schulden der afrikanischen Laender mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (1981)betreffen, und deren Schuldenlast erheblich reduzieren.

Diese Sofortmassnahmen stellen ein Mindestprogramm dar, das zu diesem Zeitpunkt durchgefuehrt werden sollte. Die Schwierigkeit des Problems uebersteigt bei weitem die Moeglichkeiten einfacher Loesungen. Die Kosten dieses Programms sind vergleichsweise gering im Verhaeltnis zu der entstehenden Belastung der oeffentlichen Haushalte. Einige Empfehlungen, wie etwa die Zuteilung von SZR oder die Quotenerhoehung beim IWF, braechten praktisch keine direkte zusaetzliche Belastung. Ihre Verwirklichung dagegen bedeutete eine Investition, die zu einer friedlicheren und besseren Zukunft wesentlich beitragen wuerde.

Wir sind in vielem unterschiedlicher Ansicht und kommen aus sehr verschiedenen Verhaeltnissen, aus Nord und Sued; aber wir sind uns einig, dass es nichts Dringlicheres gibt als gemeinsame kuehne Schritte, um die Voelker vor der gemeinsamen Krise zu bewahren, die alle bedroht. Wie unterschiedlich ihre Lage und ihre Aussichten auch sein moegen: ihr gemeinsames alles andere uebergreifende Interesse muss sie jetzt leiten. Das gilt zumal fuer ihre fuehrenden Koepfe.

In unserem neuen Bericht, 'Common Crisis' (der Titel der deutschen Fassung steht noch nicht fest), der Anfang Februar 1983 veroeffentlicht werden soll, legen wir unsere weiterreichenden Empfehlungen im einzelnen dar. Sie betreffen Fragen des Welthandels, der Energiesituation und der Welternaeherung und schliessen auch wichtige neue Vorschlaege zur Verbesserung des Verfahrens bei internationalen Verhandlungen ein, zumal im Hinblick auf die bevorstehende sechste Konferenz ueber Welthandel und Entwicklung im Juni 1983 (UNCTAD VI).

Unsere Empfehlungen sollen den Zusammenbruch der Weltwirtschaft verhindern und die Welt vor deren Folgen, vor Chaos und Leid, bewahren helfen. Sie sollen zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung fuhren. Wir erstreben eine Erneuerung des Vertrauens in das Banksystem; wir wollen die Drosselung des Welt Handels als Folge von wachsendem Protektionismus abwenden und den Handel wieder wachsen lassen; wir streben nach einer groesseren Eigenproduktion von Energie und Nahrungsmitteln in den Entwicklungslaendern. Und wir moechten die Verhandlungen zwischen Nord und Sued durch Verfahrensvorschlaege erleichtern. Fuer uns steht fest, dass laengerfristig Reformmassnahmen im internationalen Finanzsystem und im internationalen Handel unumgaenglich sind, weil es eine Erholung von der Krise und erneutes Wachstum sonst auf Dauer nicht geben kann. Die Schritte, die wir vorschlagen, stellen ein Minimalprogramm von Sofortmassnahmen dar, das alle Laender jetzt gemeinsam anpacken muessen.

Ottawa, 15. Dezember 1982

GS L Linder ~~PK 15 Nov 1982~~  
Wirtschaft  
Dahli  
ohne meeting  
Reg. + Pers.  
Off. Meeting.